
Stellungnahme zur Öffentlichen Anhörung des Wissenschaftsausschusses des Landtags von Nordrhein-Westfalen am 21. Nov. 2017 zum Gesetz zur Gebührenfreiheit der Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen – Gebührenfreiheitsgesetz – Gesetzentwurf der Fraktion der SPD – Drucksache 17/85

Zusammenfassung:

Der Gesetzentwurf zur Gebührenfreiheit regelt abschließend die Nicht-Erhebung jeglicher Art von Studiengebühren durch das Land oder seitens der staatlich finanzierten Hochschulen in Nordrhein-Westfalen. Dies wird seitens des WUS ausdrücklich begrüßt. Hierdurch wird auch zukünftig gewährleistet, dass Nordrhein-Westfalen im Wettbewerb um die Bildungselite weiterhin national als auch international attraktiv bleibt und den dringend notwendigen wissenschaftlichen Nachwuchs für die begonnene ökonomische, ökologische und gesellschaftliche Transformation Nordrhein-Westfalens auf Dauer zu gewinnen und seine globale Wettbewerbsfähigkeit zu sichern und auszubauen.

Im Einzelnen

Erfahrungen International und National:

In immer mehr Staaten gibt es aktuell eine Diskussion hinsichtlich staatlicher Kernaufgaben und immer wird hierbei Bildung als Kernbereich definiert, der seitens des Staates zu gewährleisten und zu finanzieren ist.

Hinsichtlich der Hochschulen gibt es derzeit z.B. in Großbritannien, dem Land mit weltweit den höchsten Studiengebühren von ca. 10.000 Pfund und mehr pro Jahr (höher als in den USA) eine Debatte, zur Abschaffung von Studiengebühren. Anfang Juli 2017 sagte Damian Green, Stellvertreter der britischen Regierungschefin und ein enger Vertrauter der Premierministerin May, dass es dringend eine nationale Debatte hinsichtlich der Studiengebühren geben müsse, nachdem bereits vorher die Labour Partei sich für die Abschaffung von Studiengebühren ausgesprochen hatte. Hintergrund ist, dass seit 1990 es in Großbritannien Studiengebühren gibt, die seitens des Staates als Kredite vergeben werden und nach Aufnahme einer Berufstätigkeit zurückgezahlt werden müssen. Aktuell gibt es jedoch eine Ausfallrate von fast 50%. Die Britische Regierung geht davon aus, dass im Jahr 2042 von rund 200 Milliarden Pfund (240 Milliarden Euro) gewährten Studienkrediten 90 Milliarden Pfund (107 Milliarden Euro) nicht zurückgezahlt werden.

Hintergrund des Appells von Damian Green war, der Wahlerfolg von Labour, da laut einer Prognose des Institute for Fiscal Studies, nach der drei Viertel der Studierenden selbst 30 Jahre nach Studien-Ende ihre Schuld noch nicht beglichen haben werden, insbesondere junge Wähler schockierte und u.a. zum hohen Stimmenanteil von Labour und Stimmenverluste der Tories führte.

Zahlreiche Drittstaaten, wie z.B. Malaysia haben bereits vor 15 Jahren ihre Nationalen Stipendienprogramme aufgrund der hohen Studiengebühren in Großbritannien dahingehend geändert, dass für Studien in Großbritannien es keine staatlichen Stipendien mehr gibt und diese u.a. auf Deutschland konzentriert wurden.

Schweden hat vor einigen Jahren Studiengebühren für Nicht-EU-Ausländer eingeführt, mit der Konsequenz dass die Zahl dieser Studierenden um 80% zurückging.

Baden-Württemberg hat zum Wintersemester 2017/18 Studiengebühren für Nicht-EU-Ausländer eingeführt mit der Konsequenz, dass bereits zum Sommersemester 2017 einen Rückgang an den baden-württembergischen Hochschulen von den zugelassenen ausländische Studierende aus Drittstaaten von 43% gab, obwohl die Studiengebühren noch nicht eingeführt, sondern nur angekündigt waren.

Reaktionen von Studierenden und deren Eltern

Studieninteressentinnen und –interessenten aus Nicht-EU-Staaten haben sich seit der Ankündigung aus Baden-Württemberg zur Einführung von Studiengebühren für Nicht-EU-Ausländer umorientiert und vermehrt Zulassungsanträge an Hochschulen in den übrigen 15 Deutschen Ländern gestellt. Ebenso gibt es vermehrt Anfragen von Studieninteressentinnen und –interessenten als auch von besorgten Eltern aus Afrika, Asien und Lateinamerika, nach dem Stand zur Einführung von Studiengebühren in Deutschland, da es sich „herumspricht“ das es Studiengebühren und gibt bzw. geben soll. Der WUS mit seinen Komitees in über 40 Staaten informiert über den aktuellen Stand in Deutschland und empfiehlt die Studienaufnahme an Hochschulen ohne Studiengebühren im Bundesgebiet, zumal auch in den letzten Jahren die Mietpreise u.a. auch für Studierende massiv gestiegen sind und die Möglichkeiten für Ferienjobs aufgrund der Studiengangorganisation und des Rückganges an Jobangeboten immer schwieriger bzw. geringer werden und somit eine zusätzlich Belastung durch Studiengebühren von 3.000 € pro Jahr, wie in Baden-Württemberg, nicht zu bewerkstelligen ist.

Reaktionen der Hochschulen und Hochschulnahen Organisationen

Zahlreiche Hochschulen und deren Gremien, wie z.B. der Senat der Universität zu Köln und die ASTEN zahlreicher Hochschulen aus NRW haben sich gegen die Einführung von Studiengebühren für Studierende aus Nicht-EU-Ländern ausgesprochen, aber auch der freie Zusammenschluss studenInnenschaften (fzs) oder der Verband der Evangelischen Studierendengemeinden in Deutschland, die GEW und viele mehr.

Position der FDP in Baden-Württemberg zur Einführung von Studiengebühren

Die FDP-Landtagsfraktion in Baden-Württemberg hat am 3.5.2017 bei der entsprechenden Abstimmung zum Gesetzentwurf der Grünen Wissenschaftsministerin Bauer zur Einführung von Studiengebühren für Studierende aus Nicht-EU-Staaten dagegen gestimmt. Die FDP in Baden-Württemberg begründete ihre Ablehnung u.a. wie folgt:

„Das Gesetz ist aber auch diskriminierend und konterkariert die Bemühungen der Hochschulen um eine Internationalisierung. Die Hochschulen im Land werden einen Reputationsschaden erleiden. Aber auch hinsichtlich der entwicklungspolitischen Ziele bezeichnen die Experten das Gesetz als Rückschlag. Besonders Studierende aus Entwicklungsländern seien nun von der Gebührenlast betroffen. Die Gebühr wird gerade diese Studierenden abschrecken, deren finanzieller Spielraum dann nicht mehr ausreicht, um die hohen Gebühren in Höhe von 1500 Euro zu leisten. Ein Armutszeugnis der Landesregierung, die sich im Koalitionsvertrag zur Wahrnehmung entwicklungspolitischer Verantwortung als wesentliches Element der Politik bekennen will. Wenn die ausländischen Studierenden in andere Bundesländer abwandern, wie zu erwarten steht, werden aber auch die finanziellen Erwartungen der Landesregierung enttäuscht werden. Denn zu recht wird immer wieder die Frage aufgeworfen, warum Studierende aus Entwicklungsländern in

einem der wohlhabendsten Industrieländer gezielt zur Finanzierung allgemeiner Haushaltsaufgaben herangezogen werden sollen.“

Die FDP in Schleswig-Holstein hat gemeinsam mit der CDU in ihrem „Jamaika“ Koalitionsvertrag vom 16. Juni 2017 *die Einführung jeglicher Studiengebühren abgelehnt.*

Gebührenfreiheitsgesetz in NRW stärkt Innovationskraft und Internationalisierung

Die Grundsatzentscheidung für NRW lautet, ob man die Bildungselite oder die Geldelite ein Studium an den Hochschulen in Nordrhein-Westfalen ermöglichen will. Wenn NRW sich für das vorgelegte Gebührenfreiheitsgesetz entscheidet, wird gewährleistet, dass finanzielle Hürden zur Aufnahme eines Studiums in NRW gemildert werden und bildungsstarke Studienbewerberinnen und –bewerber den Studien- und Forschungsstandort NRW nicht meiden werden. Diese künftigen Studierendengenerationen sind notwendig, um den qualifizierten akademischen Nachwuchs für Innovationen in den Betrieben als auch in der Forschung in NRW zu gewinnen, damit NRW auch in Zukunft im internationalen Wettbewerb und vor dem Hintergrund des anstehenden *gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Wandels* in NRW wettbewerbsfähig bleibt.

NRW braucht internationale Botschafterinnen und Botschafter

Langjährige Erfahrungen belegen, dass internationale Hochschulabsolventinnen und –absolventen bundesdeutscher Hochschulen die besten und treuesten Botschafterinnen und Botschafter ihrer Universitäten sind und somit auch ihres Studienlandes. Zahlreiche Absolventinnen und Absolventen von NRW-Hochschulen sind in ihren Herkunftsländern in Schlüsselpositionen in der Privatwirtschaft, als auch in der Verwaltung, Politik und in Regierungsverantwortung. Diese Persönlichkeiten sind es, die den internationalen Ruf NRWs mehren und als „Türöffner“ für Unternehmen aus NRW und der Politik dienen. Ohne die bisherige Gebührenfreiheit in NRW hätte ein Großteil dieser Persönlichkeiten nicht in NRW studieren können und den Bildungsaufstieg vollbracht. Dieses „Potential“ gilt es in Zeiten der sich rasant entwickelnden Globalisierung auch in Zukunft weiter auszubauen, wofür ein attraktiver gebührenfreier Studien- und Forschungsstandort NRW unabdingbar ist.

Hochschulen in NRW brauchen eine Stärkung der Grundmittelfinanzierung

Die jüngsten Zahlen der OECD (Bildung auf einem Blick 2017) belegen, dass die Ausgaben für den Hochschulbereich in Deutschland bei 1,2 % des Bruttoinlandsproduktes (BIP) liegen. Damit liegt Deutschland weiter deutlich hinter den USA, Kanada, Großbritannien, Japan Frankreich und Russland. Die Durchschnittsausgaben der OECD-Staaten pro Studierender (ohne Forschung und Entwicklung) liegen bei 10.300 US\$, in Deutschland jedoch nur bei 9.300US\$ und in den USA bei 23.000US\$.

Statt zukünftig dieses Defizit über Studiengebühren auszugleichen zu versuchen, bedarf es einer Prioritätensetzung des Landestag und der Landesregierung von NRW zur Stärkung der Grundmittelfinanzierung der Hochschulen des Landes.

Diese notwendigen Mittelerrhöhungen hat auch Herr Ministerpräsident Laschet in seiner Regierungserklärung am 13.9.2017 im Landtag von NRW angekündigt.

Dr. Kambiz Ghawami

PRESSEMITTEILUNG

19. Juni 2017

Plagiat: FDP kopiert Studiengebührenmodell von GRÜNER Wissenschaftsministerin – FDP in Nordrhein-Westfalen plant Einführung von Studiengebühren für Nicht-EU-Ausländer.

„Ausgerechnet Christian Lindner, der Bundesvorsitzende der FDP, der noch auf dem letzten Bundesparteitag der FDP in Hinblick auf die anstehende Bundestagswahl ausführte: „*Wir Freie Demokraten bekennen uns daher zu einem Schul- und Bildungssystem, das gleiche Zugangschancen eröffnet, **Diskriminierung verhindert** und Neutralität wahrt*“, plant nun die Diskriminierung von Studierenden aus Nicht-EU-Staaten mit Studiengebühren in Höhe von 1.500 Euro pro Semester in Nordrhein-Westfalen“, so Dr. Kambiz Ghawami, Vorsitzender des World University Service (WUS).

Die Studiengebührenpläne der Schwarz-Gelben Koalition in Nordrhein-Westfalen orientieren sich an dem Gebührenmodell der Grünen Wissenschaftsministerin aus Baden-Württemberg, Theresia Bauer. Nach den Plänen der FDP, die sie in den Koalitionsverhandlungen der CDU abgerungen haben, sollen von den 86.000 ausländischen Studierenden in NRW ohne EU-Pass, künftig ca. 30.000 Studierende die Gebühr in Höhe von 1.500 Euro pro Semester zahlen.

Christian Lindner und die FDP in Nordrhein-Westfalen sind innerhalb der FDP bundesweit isoliert. Zeitgleich mit der Veröffentlichung des Koalitionsvertrages in Düsseldorf hat die Jamaika-Koalition in Schleswig-Holstein in ihrem Koalitionsvertrag mit ausdrücklicher Zustimmung der FDP unter **Wolfgang Kubicki** die Einführung jeglicher Studiengebühren abgelehnt, so wie bereits die FDP-Landtagsfraktion in Baden-Württemberg bei der entsprechenden Abstimmung zum Gesetzentwurf der Grünen Wissenschaftsministerin Bauer dagegen votiert hatte. Die FDP in Baden-Württemberg begründete ihre Ablehnung u.a. wie folgt:

„Das Gesetz ist aber auch diskriminierend und konterkariert die Bemühungen der Hochschulen um eine Internationalisierung. Die Hochschulen im Land werden einen Reputationsschaden erleiden. Aber auch hinsichtlich der entwicklungspolitischen Ziele bezeichnen die Experten das Gesetz als Rückschlag. Besonders Studierende aus Entwicklungsländern seien nun von der Gebührenlast betroffen. Die Gebühr wird gerade diese Studierenden abschrecken, deren finanzieller Spielraum dann nicht mehr ausreicht, um die hohen Gebühren in Höhe von 1.500 Euro zu leisten. Ein Armutszeugnis der Landesregierung, die sich im Koalitionsvertrag zur Wahrnehmung entwicklungspolitischer Verantwortung als wesentliches Element der Politik bekennen will. Wenn die ausländischen Studierenden in andere Bundesländer abwandern, wie zu erwarten steht, werden aber auch die finanziellen Erwartungen der Landesregierung enttäuscht werden. Denn zu recht wird immer wieder die Frage aufgeworfen, warum Studierende aus Entwicklungsländern in einem der wohlhabendsten Industrieländer gezielt zur Finanzierung allgemeiner Haushaltsaufgaben herangezogen werden sollen.“

In Nordrhein-Westfalen begründet die FDP die Einführung der Studiengebühren mit dem Hinweis, dass eine finanzielle Beteiligung internationaler Studierender fair sei, da diese bzw. ihre Familien nicht durch Steuern zur Finanzierung des Gemeinwesens in Deutschland beitragen würden.

„Offensichtlich kennt die FDP die entsprechende Studie der PROGNOSE AG nicht, die eindeutig belegt hat, dass dies so nicht stimmt. Laut der PROGNOSE Studie sind bereits beim Verbleib von 30% der ausländischen Studienabsolventinnen und –absolventen und deren Berufstätigkeit in Deutschland die Aufwendungen für Studienplatzkosten und Stipendien nach fünf Jahren amortisiert und der Staat erwirtschaftet in den Folgejahren einen entsprechenden Mehrwert. Es ist also nicht nur eine Win-Win-Situation sondern mittelfristig eine Win-Situation für das Gemeinwesen, wenn ausländische Studierende weiterhin nach Deutschland, bzw. NRW, kommen und hier ohne Studiengebühren studieren können“, so Dr. Ghawami. „Wir brauchen eine Politik für mehr Bildungschancen, für die Internationalisierung unseres Hochschulwesens und für Weltoffenheit. Die Unterdeckung der Grundfinanzierung der Hochschulen darf nicht zum Vorwand genutzt werden, ausländische Studierende zu diskriminieren“, führte Dr. Ghawami aus.

An die Koalitionspartner von Schwarz-Gelb und alle Landtagsabgeordneten in Nordrhein-Westfalen appellierte Dr. Ghawami, nochmals sehr genau zu prüfen, ob sie diskriminierende Studiengebühren zu Lasten des Wissenschaftsstandortes Nordrhein-Westfalen einführen wollen. Sie gingen damit das offensichtliche Risiko ein, dass zukünftige Studierende aus Nicht-EU-Staaten die nordrhein-westfälischen Hochschulen meiden und in einem der übrigen 14 Deutschen Länder studieren werden.

Wie sagte Bundesbildungsministerin Johanna Wanka bei der Vorstellung der PROGNOSE Studie zu Recht: „Wir freuen uns, dass immer mehr Studierende nach Deutschland kommen. Sie sind uns willkommen, weil sie zum Austausch von Wissen, Ideen und Erkenntnissen beitragen. Die Studie zeigt aber auch: Ausländische Studierende bringen uns **ganz handfeste volkswirtschaftliche Vorteile. Sie investieren, konsumieren, zahlen Steuern und sichern Arbeitsplätze.** Studentinnen und Studenten aus aller Welt für Deutschland zu gewinnen und sie nach ihrem Abschluss bei uns zu halten, erfordert Investitionen in unsere Hochschulen, die sich schnell lohnen. Deshalb haben die Länder und der Bund sich das Ziel gesetzt ihre Zahl weiter zu steigern.“

Der World University Service – Deutsches Komitee e. V. (WUS) ist eine internationale, politisch und konfessionell nicht gebundene Organisation, bestehend in über 50 Ländern der Erde. WUS versteht sich als eine internationale Gemeinschaft von Studierenden, Lehrenden und Mitarbeitenden im Bildungssektor, die für das Menschenrecht auf Bildung eintritt.

Mehr zur Arbeit des **World University Service (WUS)** finden Sie hier: www.wusgermany.de
Rückfragen bitte an ghawami@wusgermany.de